

IGI-Pläne ohne Eile – und ohne Abstriche

Der Zweckverband hat fürs Industriegebiet Gutachten eingeholt - Abwägung im Februar

Von Markus Dreher

Warthausen

Auch wenn der Bebauungsplan fürs interkommunale Industriegebiet (IGI) im Rißtal nicht mehr bis Ende des Jahres beschlossen wird, laufen die Planungen trotz Corona im Hintergrund ohne Abstriche weiter. Das berichtete der Schemmerhofer Bürgermeister und Vorsitzende des IGI- Zweckverbands (ZV), Mario Glaser, in der Verbandsversammlung kürzlich in der Festhalle Warthausen vor rund einem Dutzend Bürgern in den Zuhörerreihen. Derzeit geht er davon aus, dass die Versammlung am 3. Februar 2021 die Stellungnahmen aus der Anhörung abwägt. Da zuvor die Gemeinderäte aus Biberach, Maselheim, Schemmerhofen und Warthausen das Wort haben und in Warthausen ein Weisungsbeschluss vorausgehen muss, wird 2020 kein Satzungsbeschluss mehr erfolgen. „Das tut uns nicht weh, wir haben keine Eile“, sagte Glaser.

Im Gespräch mit der „Schwäbischen Zeitung“ betonte er: „Die Flächen werden weiter benötigt.“ Die ansiedlungswillige Firma Handtmann habe unverändertes Interesse klargemacht, ähnlich das andere interessierte Unternehmen. Man dürfe nicht den Fehler von 2010/2011 wiederholen und müsse vorbereitet sein, wenn Flächen konkret benötigt würden, so Glaser.

Zumal die Gutachten Zeit benötigen. So hat der ZV eine Tochter der Deutschen Bahn mit der Trassenplanung fürs IGI beauftragt. Glaser sprach von „der klaren Aussage, dass ein Güterbahnanschluss möglich ist“. Die DB Engineering & Consulting soll nun die Kosten für die favorisierte Variante ermitteln. Zahlen müssten wohl Unternehmen, die einen Anschluss wollen; Handtmann hat sich früher diese Option offengehalten. Anders bei einem eventuellen Halt für den Personenverkehr, hier müssten die IGI-Mitgliedsgemeinden das Gespräch mit der Regio-S-Bahn suchen.

Überdies hat der ZV ein ergänzendes Verkehrsgutachten bestellt. Durch Zählungen wird das Verkehrsaufkommen geprüft. „Zur Zeit des Lockdowns hätte das keinen Sinn ergeben“, so Glaser. Um das Bild nicht zu verzerren, soll sich die Lage halbwegs normalisiert haben. Die Gutachter sollen obendrein den geplanten Aufstieg zur B 30 in die Betrachtung einbeziehen, nachdem die Gremien die Weichen hierfür mittlerweile gestellt haben.

Was das Thema Verkehr betrifft, wurden die angedachten Planungen für einen Park-and-ride-Parkplatz gekippt. „Die sind zu Recht auf Widerstand gestoßen, das wird so nicht kommen“, sagte Glaser. Stattdessen sei man nun „in guten Gesprächen“ für eine Photovoltaikanlage. Es gebe einen konkreten Interessenten, auch die Bürger-Energiegenossenschaften könnten einbezogen werden. Auf 1,6 Hektar sollen Paneele die Betriebe im Industriegebiet vor Ort mit Solarstrom versorgen. Ohne Netzeinspeisung entfallen Umlagen und der Strom werde „grüner und günstiger“. Damit ist nicht der gesamte Strombedarf zu decken, jedoch ist es aus Glasers Sicht ein Mosaikstein, um die Ankündigung mit Leben füllen, dass „wir versuchen, das Gebiet möglichst CO2-neutral umzusetzen“.

Darüber hinaus holt der ZV eine ergänzende gutachterliche Stellungnahme zu den Klimafolgen und ein Emissionsgutachten ein. Außerdem laufen Gespräche mit dem Gasversorger Ewa Riss, über die Wasserversorgung und wie die Abwasserbeseitigung mit dem Abwasserzweckverband Riss vertraglich zu regeln wäre.

Nicht alles davon ist neu, schließlich kommen die Themen vorher in die Mitgliedskommunen. Der Biberacher Grünen-Stadtrat Josef Weber nahm als Mitglied der IGI-Verbandsversammlung den Bericht zum Anlass, eine Denkpause zu fordern. Im vergangenen halben Jahr hätten sich viele Aussagen der Kritiker bewahrheitet: „Wir haben im Moment eine absolute Ausnahmesituation. Die Pandemie ist noch lange nicht vorbei.“ Aus Sicht der Grünen-Stadträte machen die veränderte Wirtschaftslage, die Digitalisierung und der Trend zum Homeoffice, der Klimawandel und das Artensterben eine Neubewertung nötig: „Wir fordern, das IGI vorerst ruhen zu lassen.“ Glaser verwies auf die Natur eines ZV: Die Grünen-Fraktion ist nicht antragsberechtigt, müsste einen Antrag an den Biberacher Gemeinderat stellen; sollte die Stadt sich dieses Anliegen zu eigen machen, werde sich der ZV damit befassen.

Der Warthäuser ÖBB-Gemeinderat Philipp Eggensberger sagte als Mitglied der ZV-Versammlung, „mir ist zugetragen worden, dass es Probleme mit den Tauschflächen gibt“. Glaser verwies auf laufende Vertragsgespräche und kündigte an, hinter verschlossenen Türen mehr zu sagen. Früheren Aussagen zufolge sind der ZV, die Gemeinde Warthausen und die Firma Handtmann bereits im Besitz einiger Flächen für den ersten Abschnitt mit 32,6 Hektar; außer Verkehrs- und Gewerbeflächen ist der ökologische Flächenausgleich zu berücksichtigen.

Die Versammlung hat den Haushaltsplan 2020 durch die Stimmführer der Mitgliedsgemeinden gebilligt. Da der ZV Verträge für mehrere Jahre eingehen will, sind Verpflichtungsermächtigungen über 3,17 Millionen Euro eingeplant. Glaser sagte der SZ, zunächst entstünden Planungskosten. Ein Großteil der Kosten komme erst zum Tragen, wenn tatsächlich eine Erschließung und konkrete Gewerbeansiedlungen anstünden. Sie würden dann über Beiträge und über Steuereinnahmen in die Kassen der Kommunen zurückfließen, so das Kalkül.
